

Idsteiner Zeitung



und Anzeigebblatt.

Verkündigungsorgan des Amtsgerichts und der Stadt Idstein.

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.
Inserate:
Die 77 mm breite Zeile 30 Pfg.
Reklamezeile 60 Pfg.

Anzeigen haben in der in Stadt und Land gut verbreiteten
„Idsteiner Zeitung“ — Auflage 2100 — besten Erfolg.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Georg Grandpierre, Idstein.

Fernsprecher Nr. 11.

Bezugspreis
monatlich 70 Pfg. mit Bringerlohn.
Durch die Post bezogen:
— vierteljährlich 2 Mark 10 Pfg. —
— Siehe Postzeitungsliste. —

N^o 81.

Dienstag, den 15. Juli

1919.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 10. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3.25 Uhr. Die Beratung des Verfassungsentwurfs wird beim 7. Abschnitt (Rechtspflege) und zwar bei Artikel 101 fortgesetzt. Zu Artikel 101 liegt ein Antrag der Unabhängigen vor, der für die Ausübung der Gerichtsbarkeit nach dem Reichstagswahlrecht zustande gekommene Volksgerichte verlangt. Militärische und Ausnahmegerichte jeder Art sollen verboten sein.

Abg. Henke (Unabh.): Nur durch die Einsetzung von Volksgerichten, d. h. durch die Wahl der Richter, kann der Klassenjustiz ein Ende gemacht werden. Das tut jetzt doppelt Not. Denn noch niemals ist die Klassenjustiz brutal aufgetreten als jetzt. Vor allen Dingen aber muß ein Ende gemacht werden mit den schandlichen Standgerichten und außerordentlichen Kriegsgerichten.

Staatssekretär Dr. Preuß: Das hier vorgeschlagene rein politische Reichstagswahlrecht ist eher alles andere als geeignet, eine von allen nicht zur Rechtspflege gehörenden Einflüssen freie Justiz zu schaffen. Was eine Verfassung überhaupt tun kann, um die Grundlagen für eine gute Justiz zu prüfen, das ist hier versucht worden. Durch die Auslieferung der Gerichte an die Volksleidenschaft der politischen Wahlen wird dieses Ziel sicher nicht erreicht.

Abg. Henke (D. Vp.) tritt für tüchtige Ausbildung der Richter ein.

Abg. Warmuth (Deutschnat.): Die Wahl würde die Unabhängigkeit des Richters aufs äußerste gefährden und die Verpflichtung, die er bei der Wahl übernimmt, würden seine Entscheidung binden.

Abg. Kagenstein (Soz.): In den künftigen Gerichten muß ein starkes Laienelement, das aus Volkswahl hervorgegangen ist, als Gegengewicht gegen das Beamtenrichterium geschaffen werden.

Abg. Ablass (Dem.): Der von dem Abg. Henke vorgeschlagene Weg zur Sicherung der Unabhängigkeit in der Rechtspflege würde geradezu die Unabhängigkeit des Richters erschüttern. Demokratie wird fortan die sicherste Grundlage für die Unabhängigkeit der Volksrichter sein.

Abg. Henke (Unabh.): Parteien im heutigen Sinne werden im sozialistischen Staate nicht mehr vorhanden sein. Deshalb wird die Wahl der Richter keine Abhängigkeit von Parteien bedeuten.

Artikel 101 wird, nachdem die Abg. Dr. Nießer (D. V.) und Brentano (Ztr.) noch die Unparteilichkeit des deutschen Richterstandes verteidigt haben, unter Ablehnung des Antrages der Unabhängigen in der Ausnahmefassung angenommen. Art. 102 wird ohne Erörterung angenommen. Bei Art. 103 und 104 beantragen die Unabhängigen Streichung, die Sozialdemokraten, statt „aufzuheben“ zu sagen, „die Militärgerichtsbarkeit ist aufgehoben“. Abg. Gröber (Ztr.) beantragt den Zusatz: „Die Militär-Ehrengerichte sind aufgehoben“. Außerdem liegt eine Entschließung des Ausschusses vor, das Gesetz über die Aufhebung der Militärjustiz mit der größten Beschleunigung zustande zu bringen.

Abg. Gröber (Ztr.): Die Nationalversammlung muß erklären, daß sie keine Behörde mehr haben will, die darauf achtet, daß die Standesfitte des Duells gewahrt wird.

Aus Ch. Storms Novellenschatz.

Ausgewählt und eingeleitet von M. Kirmse.

Fortsetzung.

4.

In St. Jürgen.

An einem solchen Morgen erklärte ich einmal, daß ich nun fort müsse, daß es jetzt endlich Zeit sei, auch an mein eignes Leben zu denken. Aber die beiden Knaben brachen in lautes Wehklagen aus, und die Mutter setzte, ohne ein Wort zu sagen, ihr Töchterchen auf meinen Schoß, das sogleich die kleinen Arme fest um meinen Hals schlang. — Mein Herz hing an den Kindern, lieber Herr; ich konnte die Kinder nicht verlassen. Ich dachte: „Bleib denn noch ein Jahr!“ Aber es blieb nicht bei dem einen Jahr. Der Abgrund zwischen mir und meiner Jugend wurde immer tiefer; zuletzt lag alles wie unerreichbar hinter mir, wie Träume, an die ich nicht mehr denken dürfte. — Ich war schon über die Vierzig hinaus, da schloß ich auf Wunsch der schon herangewachsenen Kinder das Ehebündnis mit der Frau, deren einzige Stütze ich so lang gewesen war.

Und nun geschah mir etwas Selbstfames. Ich war meiner Frau, wie sie es auch gar wohl verdiente, stets von Herzen gut gewesen; nun aber, seit sie mir unaussprechlich angehörte, begann in mir ein Widerwille, ja fast ein Haß gegen sie zu wachsen, den ich oft nur mit Mühe zu verbergen wußte. So sind wir Menschen; ich warf in meinem Herzen auf sie die Schuld von allem, was doch nur die

Kriegsminister Reinhardt: Es ist beabsichtigt, eine Disziplinar-Kammer für das Heer neu einzurichten. Es wird also genügen, wenn das Haus in irgend einer Form den Wunsch ausdrückt, daß die militärischen Ehrengerichte nicht wieder auflieben.

Reichswehrminister Noske: Die Militärgerichtsbarkeit sofort aufzuheben, ist unmöglich. Es muß eine gewisse Uebergangszeit gelassen werden.

Nach weiterer Aussprache hierüber wird schließlich in der Abstimmung Art. 103 mit dem Antrag Gröber angenommen. Art. 104 wird mit einem Antrag Gröber (Aufrechterhaltung der Militärgerichtsbarkeit auch an Bord) angenommen. Ebenso wird die Entschließung des Ausschusses angenommen. Damit ist der Abschnitt der Rechtspflege erledigt.

Kriegsminister Reinhardt weist aufs Schärffste Vorwürfe zurück, die Dr. Cohn gegen die Offiziere im allgemeinen gerichtet habe.

Abg. Dr. Cohn nur bitten, einen dieser zahlreichen Fälle dächtingen gegen die Offiziere ausgesprochen, sondern gesagt, in den zahlreichen nachweisbaren und nachgewiesenen Fällen, in denen Offiziere während des Krieges ehrlose Handlungen begangen hätten, hätten die Ehrengerichte verurteilt, und das hätte er aufrecht.

Kriegsminister Reinhardt: Dann kann ich den Abg. Dr. Cohn nur bitten, einen dieser zahlreichen Fälle mir namhaft zu machen, damit wir der Sache nachgehen können.

Darauf vertagt sich das Haus.

m. Weimar, 11. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9.50 Uhr. Das Haus erledigt zunächst eine Reihe von Anfragen.

Abg. Reidt (Deutschnat.) wiederholt die am 4. Juli nicht beantwortete Anfrage über den Ueberfall auf Kapitänleutnant von Müde während eines Schüler-Vortrages in Frankfurt a. M. — Regierungsvorrede: Hr. v. Weller bestätigt die in der Anfrage mitgeteilten Tatsachen. Die preussische Regierung soll ersucht werden, für bessere Sicherheit der Personen in Frankfurt a. M. Sorge zu tragen.

Eine Anfrage des Abg. Beder (D. Vp.) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Lage der infolge des Friedensvertrages in den von Deutschland abgetretenen Gebieten stellungsgelassenen Reichsbeamten. — Regierungsvorrede: Hr. v. Weller sagt zu, daß die Regierung nicht nur der vorübergehenden Not steuern, sondern auch den betreffenden Reichsbeamten Wiederanstellung verschaffen wird.

Abg. Deltius (Dem.) fordert im Hinblick auf die Buchpreise für kirchliche Vorträge, damit wenigstens die Hartobsternte der Bevölkerung zu angemessenen Preisen ausgeführt werden könne. — Regierungsvorrede: Dr. Bederlein führt aus, daß die Kirchenpreise zum Teil unter den entscheidenden Maßnahmen der Bevölkerung, eine Senkung erfahren hätten. Aber die Hartobsternte könne noch keine Entscheidung getroffen werden.

Auf weitere Anfragen über die Eierbewirtschaftung im Regierungsbezirk Magdeburg, über die Entschädigung für die durch die Besetzung der Rheinlande seitens der Belgier requirierten Pferde, über die unbefriedigende finanzielle Regelung der den Gemeinden aus der linken Rheinstette

Folge meiner eignen Schwäche war. Da führte Gott zu meinem Heil mich in Versuchung.

Es war eines Sonntags in der Hochsommerzeit. Wir machten eine Landpartie nach dem benachbarten Gebirgsdorf, wo ein Verwandter der Familie wohnte. Die beiden Söhne mit ihrem Schweserchen waren uns beiden Alten weit voraus; ihr Plaudern und Lachen war in dem Walde, durch den der Weg führte, schon ganz verschollen. Da machte meine Frau mir den Vorschlag, einen ihr bekannten Richtsteig entlang eines Steinbruches einzuschlagen, um so wo möglich den Jungen auf dem Hauptwege noch zuzufinden. „Ich bin als Braut mit Martin hier gegangen“, sagte sie, als wir seitwärts in die Tannen bogen, „etwas weiterhin pflückten wir damals eine dunkelblaue Blume; ich möchte wissen, ob sie noch dort zu finden ist.“

Nach kurzer Zeit hörte an unserer einen Seite der Wald auf, und der Fußweg lief nun dicht an dem Rande des abschüssigen Gesteins hin, während von der andern Seite sich Brombeerranken und andres Gebüsch dicht herandrängte. — Meine Frau schritt rüstig vor mir auf. Ich folgte langsam und war bald in meine alten Träumereien versunken. Wie die verlorene Seligkeit lag die Heimat vor meinen Sinnen, und grübelnd, aber vergebens suchte ich nach einem Wege dahin. Nur wie durch einen Schleier sah ich, daß es nach dem Bruche zu ganz blau von Gentianen wurde, und daß meine Frau sich einmal um das andre nach diesen Blumen bückte. Was kümmerte mich das alles! — Da höre ich plötzlich einen Schrei und sehe, wie sie mit den Händen in die Luft

erwachsenden Einquartierungslasten und über die Schädigungen am Tage der Vormarschvorbereitungen der Gegner für den Fall der Ablehnung des Friedensvertrages wurde vonseiten der Regierung Untersuchung, Entschädigung und Abhilfe in Aussicht gestellt.

Abg. Dr. Nießer bemängelt in einer Anfrage die geschmacklose Ausführung der Erinnerungsmarke für die Nationalversammlung. Ein Vertreter des Reichspostministeriums teilt dazu mit, daß auf die an alle deutschen Künstler ergangene Einladung zu einem Wettbewerb über 6400 Entwürfe und aus München allein gegen 200 eingegangen seien. (Zahlreiche Zwischenrufe.) Als Kunstverständiger habe dem Preisgericht der Direktor des staatlichen Kupferstichkabinetts Dr. Friedländer angehört. (Zuruf: Der muß abgesetzt werden!) Außer dem markenkundigen Lindenburg und zwei Postbeamten seien noch drei Abgeordnete Mitglieder des Preisgerichts gewesen. Die beteiligten Künstler hätten ausdrücklich verlangt, daß keinesfalls als die in Vorschlag gebrachten Marken ausgeführt würden. Die Marken würden so lange im Verlehe bleiben, bis neue Marken als Ersatz für die Germania-Reihe verausgabt würden, und dafür solle ein neues Ausschreiben erfolgen. (Zuruf: Aber schnell! Große Heiterkeit.) — Hierauf wird die

Beratung der Verfassungsvorlage

fortgesetzt. Sie beginnt mit dem zweiten Hauptteil (Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen).

Präsident Fehrenbach: Es wäre erwünscht, wenn wir heute wenigstens die ersten beiden Abschnitte dieses Teils erledigen könnten. Dazu wird eine erhebliche Einschränkung der Rededauer erforderlich sein.

Artikel 107 befaßt die Grundrechte und Grundpflichten bilden die Richtschnur und die Schranken für die Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege im Reich und in den Ländern.

Staatssekretär Dr. Preuß: Da der Artikel 107 geeignet ist, statt Klarheit Unklarheit zu schaffen, so wäre vielleicht zu erwägen, ihn ganz zu streichen. Die Regierung nimmt jedenfalls allen Anregungen zur Erweiterung der Grundrechte gegenüber eine ablehnende Haltung ein. Andererseits sollte uns das Beispiel der Frankfurter Paulskirche warnen, die nicht zuletzt an dem Programm der Grundrechte zugrunde gegangen ist. Sollte eine Verständigung über die Grundrechte nicht ohne weiteres möglich sein, so rate ich, sie zunächst zurückzustellen.

Abg. Hausmann (Dem.) beantragt, die Verhandlungen abzubrechen. Eine von der Rechten gegebene Anregung sei von der Regierung wohlwollend aufgenommen worden und die größte Partei habe sie beinahe in einen Antrag verwandelt. Damit sei für die einzelnen Parteien eine neue Lage geschaffen, zu der sie Stellung nehmen müßten.

Das Haus beschließt demgemäß. — Nächste Sitzung Samstag vormittag 9½ Uhr. Bericht der Geschäftsordnungskommission und der Wahlprüfungskommission, Anrechnung der Militärdienstzeit, Reichsbedienstetengesetz, kleine Vorlagen.

Die preussische Nationalversammlung

beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Donnerstag mit der Beratung des Etats des Innern. Dabei

greift; ich sehe auch schon, wie unter ihren Füßen das Geröll sich löst und zwischen den Klippen fort-pölkert, und zehn Schritte weiter abwärts steht der Fels lotrecht über dem Abgrund.

Ich stand wie gelähmt. Es brauste mir in den Ohren: „Bleib; laß sie stürzen; du bist frei!“ Aber Gott half mir. Nur einen Sekundenbruchteil, da war ich bei ihr, und mich über den Rand des Felsens werfend, ergriff ich ihre Hand und hatte sie glücklich zu mir heraufgezogen. „Harre, mein guter Harre“, rief sie weinend, „schon wieder hat deine Hand mich vom Abgrund gerettet!“

Wie glühende Tropfen fielen diese Worte in meine Seele. In all den Jahren war kein Wort der Vergangenheit über meine Lippen gekommen; zuerst aus jugendlicher Scheu, das Heiligste hinauszugeben, später wohl in dem unbewußten Bedürfnis, den innern Zwiespalt zu verhehlen. Jetzt plötzlich drängte es mich, alles ohne Rücksicht zu offenbaren. Und an dem Rande des Abgrundes sitzend, schüttete ich mein Herz aus vor der Frau, die ich kurz zuvor darin begraben gewünscht hatte. Auch das verschwieg ich ihr nicht. Sie brach in heftige Tränen aus; sie weinte über mich, über sich selbst; am lautesten klagte sie über Agnes. „Harre, Harre“, rief sie; aber sie legte den Kopf an meine Brust; „das habe ich nicht gewußt, aber es ist nun zu spät und niemand kann diese Sünde von uns nehmen!“

Es war nun an mir, sie zu beruhigen; und erst mehrere Stunden später trafen wir in dem Dorfe ein, wo unsere Kinder uns schon längst erwartet hatten. Aber seit jener Zeit war meine Frau mit ihrem milden und gerechten Herzen meine beste

wurden eine Reihe von Wünschen vorgebracht, darunter solche betreffend Errichtung von Berufsberatungstellen, Abschaffung aller Personalakten bei den Staats- und Gemeindebehörden, Ersetzung der seit der Revolution durch die Unruhen entstandenen Schäden, Wiedereinführung der Zensur für Jugendschriften und Lichtbilder, Verbot des öffentlichen Glücksspiels, Aufhebung des Verbots des Auswärtswohnens der Beamten, Erhöhung der Löhne der Arbeiter und Wegwärtler im Provinzial- und Kreisdienst, Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch den die Anrechnung eines Teiles der Militärdienstzeit auf das Beldungsalter der Gemeindeangestellten geregelt wird, Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Umgestaltung der Ueberwachung des Vornamens, Forderung auf Besserstellung der Krankenschwestern usw. Das Haus vertagt sich dann auf Freitag 1 Uhr. Fortsetzung, vorher kleine Anfragen und Eisenbahnleihegesetz.

Die Demokraten.

Die demokratische Fraktion der deutschen Nationalversammlung hat den früheren Minister Abg. Schiffer zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt. Zweiter beziehungsweise dritter Vorsitzender sind die Abgeordneten Petersen (Hamburg) und Naumann.

Die Mandate in den abzutretenden Gebieten.

Durch ein Notgesetz sollen die in den abzutretenden Gebieten gewählten deutschen Abgeordneten ihr Mandat zur Nationalversammlung noch so lange ausüben können, bis die Nationalversammlung aufgelöst wird. Das dürfte voraussichtlich zu Beginn des nächsten Jahres geschehen.

Die Frage der Rheinischen Republik.

Erklärung.

Wir verurteilen aufs allerentschiedenste die Dortenschen Machenschaften und alle Putschversuche.

Wir lehnen jede Zerstübelung deutscher Lande ab, weil die Zunahme der Kleinstaaterei den völligen Zerfall des Deutschen Reiches einleiten würde.

Sollten sich dennoch einzelne Kreise unserer nassauischen Landsleute mit dem Gedanken einer westdeutschen Republik befreunden, dann verlangen wir, daß die verfassungsmäßigen Zentralorgane die Angelegenheit nur nach Anhörung der berufenen Vertreter und der wichtigsten Körperschaften Nassaus erledigen. Für den Fall einer gescheiterten Volksabstimmung fordern wir, daß Nassau — bezw. der jetzige Regierungsbezirk Wiesbaden — für sich allein frei und ungehindert abstimmt, und daß einer gründlichen Aufklärung unserer nassauischen Landsleute in dieser Frage von keiner Seite die geringsten Schwierigkeiten bereitet werden.

Arbeitsausschuß zur Wahrung der Interessen Nassaus in Fragen des westdeutschen Freistaats.

Eine Erklärung Ulrichs.

Das dem heftigen Ministerpräsidenten nahestehende „Offenbacher Abendblatt“ bringt unter der Ueberschrift „Ulrich und die Rheinische Republik“ folgende Mitteilung:

„Unser Ministerpräsident hat zwar früher schon und auch erst am vorigen Donnerstag in der Volkskammer nicht den leisesten Zweifel darüber gelassen, daß er, wie die übrigen Sozialdemokraten in der heftigen Regierung der „Rheinischen Republik“ des Herrn Dorten völlig ablehnend gegenübersteht. Er hat das auch deutlich dem General Mangin gegenüber mündlich zum Ausdruck gebracht. Trotzdem verbreitet man in Offenbach und Darmstadt, in Rheinhessen und im preußischen Rheinland geflüßentlich das törichte Geschwätz, Ulrich habe sich von Mangin „herumtrien“ lassen, und der Koblenzer Vertreter der Londoner „Daily Mail“ hat sogar seinem Blatte berichtet, die neue deutsche Republik bestehe aus „dem Rheinland, Hessen-Darmstadt und der Rheinpfalz, mit dem Regierungssitz in Darmstadt, und Ministerpräsident Ulrich solle Präsident der

neuen Republik werden“. Wir können aufs bestimmteste versichern, daß es sich hier entweder um eine Zeitungssente oder um einen Versuch handelt, für den Ulrich nichts anderes übrig hat als ein herzliches Lachen.“

Die Auslieferungsfrage.

mz. Bern, 10. Juli. Wie der „Temps“ erzählt, gedenkt der ehemalige deutsche Kaiser an die alliierten Regierungen das Ersuchen zu richten, von einer Verurteilung seiner Person abzusehen. Dagegen werde er freiwillig einen Ort außerhalb Europas aufsuchen. Mit Bestimmtheit verlautet, daß der Kaiser Niederländisch-Indien vorschlagen werde. Alle Meldungen über den Ort der Aburteilung des Kaisers seien freie Erfindung. Die englische Regierung habe noch keinen Beschluß gefaßt. Auch wisse sie nicht, wo sie den Kaiser in Haft setzen solle, d. h. sie suche augenblicklich nach einem Landhause in der Nähe von Epsom, wo der Kaiser gut bewacht werden könne und von wo aus er täglich im Auto zum Verhandlungsort geführt werden könne. — Nach dem „Daily Mail“ würden die Militärgerichte zur Aburteilung der wegen Vergehens gegen die Kriegsgesetze beschuldigten Deutschen nicht zur Verhängung der Todesstrafe berechtigt sein. Die Angeeschuldigten dürften sich ihre Verteidiger selbst wählen und Zeugen aus Deutschland und anderen Ländern benennen. Die Verhandlungen werden öffentlich sein.

mz. Haag, 10. Juli. (Niederl. Korr.-Büro.) Anlässlich der sich hier widersprechenden Gerüchte, die vor allem in der ausländischen Presse in bezug auf die Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers verbreitet sind, und bei denen sogar gleichzeitig mit derselben Sicherheit angenommen wird, daß die niederländische Regierung eventuell sich zur Auslieferung entschließen werde, wie, daß sie dies nicht tun werde, haben wir durch Erkundigungen an maßgebender Stelle die Ueberzeugung gewonnen, daß der Standpunkt der Regierung gegenüber einem zu erwartenden Auslieferungsversuche ausdrücklich derselbe ist wie bisher und wie auch seinerzeit durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates in der zweiten Kammer dargelegt wurde, nämlich, daß das Ersuchen um Auslieferung auf Rechtfertigung und Menschlichkeit hin geprüft werden wird. Ein Ersuchen um Auslieferung ist entgegen den darüber verbreiteten Gerüchten bis heute noch nicht bei der Regierung eingegangen.

Der Preis des Brotgetreides.

mz. Weimar, 10. Juli. Der sechste Ausschuß für Volkswirtschaft befaßte sich in seiner heutigen Sitzung mit der bereits am 3. Juli eingebrachten Regierungsvorlage, betr. die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Schlachtvieh. Danach soll der Höchstpreis für Roggen 400 bis 415 Mark betragen. Die Preise für Delfrüchte sollen ebenfalls erhöht werden. Im Verlaufe der Debatte äußerte Reichsminister Schmidt zur Frage der Erhöhung der Brotation, diese wäre sicherlich ein Mittel um den Schleichhandel in den Hintergrund zu drängen. Wenn der Ernteertrag in diesem Jahre im Hinblick auf die abgetretenen Gebiete auf 85 Proz. des vorjährigen Ertrages geschätzt werde, so entstehe ein Fehlbetrag von 1 270 000 Tonnen. Dieser Bedarf sei durch Einfuhr zu decken. Die Kosten für das ausländische Getreide seien aber so hoch, daß entweder eine außerordentliche Erhöhung der Brotgetreidepreise eintreten müsse oder Reichsausschüsse bereitgestellt werden müßten, die die stark belastete Reichskasse kaum tragen könne. Auslandsmehl koste 1900 M., das einheimische 450 M. die Tonne. Die einheimische Produktion zu heben, müsse also in den Vordergrund gestellt werden. Bei der vorgeschlagenen Erhöhung des Getreidepreises handle es sich um etwa 5 Pfg. pro Tag und Kopf. Sollten die Kosten der vorgeschlagenen Preiserhöhung vom Reiche getragen werden, so müßten rund 968 Millionen aufgebracht werden. Unsere Getreide- und Brotpreise seien die billig-

Da trat meine Frau aus dem Hause. Sie stand eine Weile schweigend neben mir, und als ich nicht aufblinzelte, fragte sie mich sanft: „Alter, was ist dir?“ und da ich nicht antwortete und nur der Vogelsang aus der Dämmerung herüberkante: „Ist's denn wieder einmal die Schwalbe?“

„Du weißt's ja, Mutter“, sagte ich, „du hast ja allezeit Geduld mit mir gehabt.“

Aber ich kannte sie noch nicht ganz; sie hatte mehr als das für mich. Sie legte beide Hände auf meine Schultern. „Was meinst?“ rief sie, indem sie mich mit ihren alten guten Augen anblickte, „wir können's jetzt ja leisten, du mußt die Agnes wiedersehen, du hättest ja sonst einmal keine Ruh im Grabe bei mir!“

Ich war fast erschreckt durch diesen Vorschlag und wollte Einwendungen machen, sie aber sagte: „Stell's Gott anheim!“ — Das hab ich denn getan; und so ist es gekommen; daß ich noch einmal heimkehre; aber, wenn wir durchs Tor fahren, der alte Jakob wird wohl nicht mehr blasen.“

(Schluß folgt.)

sten der Welt. Die Oeffentlichkeit müsse begreifen und verstehen, daß man der Landwirtschaft ihre Aufwendungen bezahlen müsse, damit sie weiterbestehen könne. Würde man die Bewirtschaftung freigegeben, so würden viel höhere Preise in Erscheinung treten. Nachdem zwei große Parteien Bedenken gegen eine sofortige Preiserhöhung zu Lasten der Konsumenten geltend gemacht hätten, könne vielleicht ein Mittelweg beschritten werden dadurch, daß dem Reichsernährungsamt das Recht auf den Erlaß einer Reichsnotverordnung gegeben werde, und daß es den Auftrag erhalte, mit dem Reichsfinanzministerium in Verhandlungen über einen Reichszuschuß einzutreten.

Blockade, Zensur, Militärdienstpflicht.

mz. Bern, 10. Juli. Der Yoner „Progres“ meldet aus Paris: Der Günsterrat faßte einen Beschluß von großer Wichtigkeit durch die Bestimmung, daß die Aufhebung der Blockade automatisch auch die Aufhebung der Zensur bedeuten würde. Die Blockade und die Zensur standen bisher unter der Aufsicht des Obersten Wirtschaftsrates. — Der Deputierte Renaudel von der Armee-Kommission der Kammer und Viviani erklärten einem Vertreter des „Matin“, die Arbeitskommission plane den obligatorischen Militärdienst auf ein Jahr oder höchstens 15 Monate festzusetzen.

Nach und fern.

Idstein, den 14. Juli 1919.

— Nord bei Niederseelbach. Unsere sonst so ruhige und friedliche Gegend kommt nicht aus der Aufregung heraus. Der Göttsrother Mädchenmord hat noch keine Sühne gefunden und schon wieder müssen wir von einem scheußlichen Verbrechen berichten. Frau Karoline Pfenning Wwe. von der Lenzenmühle bei Niederseelbach hatte sich am Mittwoch voriger Woche nach Wiesbaden begeben, um einen Verwandten im dortigen Krankenhaus zu besuchen. Am Donnerstag nachmittag 6,10 Uhr fuhr die Frau von Wiesbaden ab, kam in Niedernhausen an und nahm ihren Weg über Königshofen nach Haus. Unterwegs wurde sie angefallen und ermordet. Viele Stiche in Kopf, Hals, Brust und Leib führten den Tod herbei. Nachdem die Frau am Samstag noch nicht zurückgekehrt war und man vernommen, daß sie am Donnerstag gegen 7 Uhr nachmittags in Niedernhausen ausgestiegen war, machten sich die Gemeindeangehörigen auf die Suche und fanden die Leiche in dem Gebüsch zwischen der Straße Königshofen-Niederseelbach und der sogenannten Stadtmühle. Nach der Auffindung zu schließen, nimmt man an, daß der Mord nicht an dieser Stelle stattgefunden haben kann, sondern daß man die Leiche dorthin gebracht hat. Wer kommt als Täter in Betracht? So fragt die aufgeregte Einwohnerschaft der ganzen Gegend. Hieraus können wir nur antworten: Möge eine fräftige Untersuchung einsehen, damit wenigstens dieser Fall geklärt werden kann, sonst werden sich derartige Mordtaten immer wiederholen. Immer wieder muß man aber die Mädchen und Frauen warnen, allein zu gehen. Beide Verbrechen wurden am Tage begangen, daraus kann man schließen, daß die Mordgefallen vor nichts zurückschreden.

— Das französische Nationalfest wird heute von der hiesigen Beatzung, nachdem dasselbe bereits am gestrigen Abend mit einem Fackelzug eingeleitet worden war, gefeiert. Am Vormittag um 9 Uhr fand eine Parade des 167. Inf.-Regts. am Bahnhofplatz statt, um 2 Uhr folgten Festspiele ebendasselbst. Am 9 Uhr abends wird ein Ball in der Turnhalle an der Limburgerstraße abgehalten. Laut Aushang am Rathaus war bew. ist die Bevölkerung zu diesem Feste freundlichst eingeladen. — Ueber die Herkunft und die historische Bedeutung des 14. Juli als französischer Nationaltag wird folgendes von Interesse sein: Als ersten Akt der französischen Revolution im Jahre 1789 kann man die Erstürmung der Bastille in Paris durch das Pariser Volk am 14. Juli desselben Jahres ansehen. Die Bastille war ein Staatsgefängnis, in welches die vorrevolutionären Machthaber ihre politischen Gegner und andere, die ihnen persönlich oder ihrem System, womit sie das Volk bedrückten, unbequem waren, einsperren ließen.

— Am Verzögerungen bei der Herstellung neuer Fernsprechanstöße und bei Verlegungen vorhandenen Sprechstellen nach Möglichkeit zu vermeiden, empfiehlt es sich, nachdem ein entsprechender Antrag bei der französischen Behörde gestellt ist, auch derjenigen Vermittlungsanstalt, an die der Anschluß gewünscht wird, sogleich Mitteilung zu machen. Die erforderlichen Vorarbeiten und Ermittlungen werden sodann in der Zwischenzeit vorgenommen, so daß nach Eingang der Entscheidung des Oberbefehlshabers der Armee die Bauarbeiten durch nötige Ermittlungen nicht verzögert werden.

— Versorgungsgebühren. Um eine Verzögerung oder Störung in der Auszahlung der Versorgungsgebühren nach Möglichkeit zu vermeiden, wird den Rentenempfängern empfohlen, beim Wechseln ihres Wohnortes die Ueberweisung

Freundin und kein Geheimnis mehr zwischen uns. — So gingen die Jahre hin. Allmählich schien sie es vergessen zu haben, daß ich ihre und der Kinder Wohlfahrt mit einem fremden Glück bezahlt hatte, und auch in mir wurde es stiller. Nur wenn im Frühling die Schwalben wiederkamen, oder auch später im Jahr, wenn sie in der Dämmerung noch so allein von allen Vögeln ins Abendrot hineinsangen, dann überfiel mich mit der alten Pein, und ich hörte noch immer die liebe junge Stimme, noch immer klang es mir in den Ohren: „Vergiß das Wiederkommen nicht!“

So war's auch heuer eines Abends. Ich saß vor unsrer Haustür auf der Bank und blickte in den vergehenden Tagesschein, der durch eine Lücke der Straße über den jenseitigen Rebhügeln sichtbar war. Ein Töchterchen unseres jüngsten Sohnes war mir auf den Schoß geklettert und hatte es sich spielmüde in Großvaters Arm bequem gemacht. Bald fielen die kleinen Augen zu, und auch das Abendrot verschwand, aber drüben auf des Nachbarn Dach saß noch im Dunkeln eine Schwalbe und zwitscherte leise wie von vergangener Zeit.

ihre Gebührrisse von einer Postanstalt zur andern nicht, wie es vielfach geschieht, bei den zurzeit überlasteten Pensionsregelungsbehörden, sondern bis auf weiteres nur bei der bisher zahlenden Postanstalt zu beantragen.

Oberjosbach, 10. Juli. Ein Agent Dortens wurde in unserem Orte bei seiner Agitation für die Rheinische Republik elendlich durchgeprügelt. Ein Beitrag, wie fest die Rheinische Republik Wurzel gefasst hat.

Höchst, 11. Juli. Gegen die starken Ueberhebungen, die sich einige auswärtige Blätter haben zuschulden kommen lassen bei der Schilderung der Vorgänge, die mit dem Vorrücken und dem Rückmarsch der französischen Truppen in den kritischen Tagen vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages zusammenhängen, wird seitens der franz. Völkervereinigung Front gemacht. Eine Kommission, welche im Auftrag des Militärführers der neutralen Zone die erhobenen Beschuldigungen auf ihre Berechtigung prüfte, hat einen Bericht erstattet, der Satz für Satz die Behauptungen zurückweist. U. a. war in den Zeitungsberichten gesagt: „An den Landstraßen hieb man die Bäume um und schmückte Koff, Geschütz und Mann mit dem Gezweig. Die Obstbäume in den Gärten sanken dahin, kein Blumenstock, kein Gemüsesetz, keine Weinranke blieb verschont. Obstgärten und Vorgärten in Dorf und Stadt gleichen heute verheerten Schlachtfeldern. Aus einer Gärtnerei in Effenheim stahl die Soldateska das letzte Blümlein. Der Niederwald bildet eine Wüsten, so furchbar hausten die Senegalneger in ihm. Der Höchster Stadtpark gehört der Vergangenheit an. Korn- und Kartoffelfelder gab es für 1919 im Gebiet der Rückzugstraße einmal. — In Höchst a. M. kam es, da hier drei Wege in die allgemeine Rückzugstraße einmündeten, zu unentwirrbaren Knäueln und Stodungen schlimmster Art. Stundenlang währte es, ehe einigermaßen Ordnung in das Chaos kam. Es schien, als ob die Reste eines bis zur Vernichtung geschlagenen Heeres sich rückwärts flüchteten.“ usw. Wer diesen Bericht geschrieben hat, beweist damit nur, daß er selber sich in unserer Gegend nicht umgesehen, sondern sich lediglich auf wilde „Räuber geschichten“ verlassen hat, die in den kritischen Tagen hier und da im Umlauf waren. Denn sonst hätte er eine mit den Tatsachen so hart im Widerspruch stehende Schilderung, wie die vorstehend skizzierte, nicht geben können. (Höchst. Anst.)

Friedrichsdorf i. T., 8. Juli. Vor wenigen Wochen wurden aus der Hutfabrik von Housselet für 20 000 Mark Hüte gestohlen. Jetzt ist dort ein neuer Einbruch verübt worden, bei dem für 5000 Mark Hüte verschwanden. Die erste „Hutserie“ für 20 000 Mark wurde in Frankfurt aufgefunden und beschlagnahmt.

Mainz, 10. Juli. Dem Kommandierenden General der französischen 10. Armee, General Mangin, wurde das Großkreuz der französischen Ehrenlegion (die höchste Ordensauszeichnung Frankreichs) verliehen und durch Marschall Foch, dem Generalissimus der alliierten Armeen, zu Koblenz überreicht. Nach dem „Journal“ vom 9. Juli besagt das Decret in Würdigung der Verdienste des Generals: Als Armee-Kommandant haben ihm ein besonderer Geist der Entschlossenheit und eine unbezwingliche Tatkraft gestattet, die fruchtbarsten Ergebnisse zu erzielen. Nachdem er im Juni 1918 als Kommandant eines Armeekorps großen Anteil an der Verteidigung der Gegend nordwestlich von Compiègne genommen, hat er an der Spitze einer Armee vom 18. Juli bis 26. Oktober 1918 eine Reihe von Angriffsaufmärschen ausgeführt, die die Befreiung von Soissons und von Laon herbeigeführt und die Aera der großen Erfolge der Ententearmee eingeleitet haben.

Rüdesheim, 9. Juli. Bürgermeister Alberti will nach der Mitteilung des Beigeordneten in der letzten Stadtverordnetenversammlung am 1. Oktober 1919 in den Ruhestand treten. Herr Alberti ist seit dem Jahre 1883 Bürgermeister von Rüdesheim.

Marburg a. d. L., 10. Juli. In Biedenkopf veranstalteten gestern Abend die Hüttenarbeiter aus der Umgegend auf dem Marktplatz eine große Demonstration wegen der Lebensmittelpreissteigerung. Es fanden dabei einige Ausschreitungen statt.

Aus dem Odenwald, 9. Juli. An der Bergstraße und im vorderen Odenwald richteten am Dienstag nachmittags Unwetter schwere Schäden in den Gärten und Feldern an. Besonders schlimm wurden die Gemäuerungen Nieder- und Oberramstadt betroffen, wo ein Hagelschlag den größten Teil der Ernte vernichtete. Bei Heppenheim wurde die Johanna Kooch vom Blitz getötet.

Koblenz, 10. Juli. In feierlicher Weise wurden am Montag die sterblichen Reste des vor mehr als 100 Jahren im Hofe eines unserer Festungswerke beerdigten französischen Generals Hoche nach Weisenthurm verbracht und am Denkmal, das diesen Ort beherrscht, beigesetzt. Dieses Denkmal ist an dem Orte errichtet worden, wo General Hoche, damals Kommandeur der französischen Sambre- und Meuse-Armee, den Rheinübergang seiner Truppen leitete.

Darmstadt, 9. Juli. „Im Auftrag der „Streikleitung“ holten drei Männer bei einem Händler 15 Zentner Schmalz ab. Die Sache erwies sich als ein plump angelegter Schwindel und es gelang der Polizei, den Raub bei einem Wirt am Bahnhof zu ermitteln, auch zwei der Schwindler festzunehmen.

Letzte Meldungen.

Aufhebung der Blockade.

ms. Versailles, 12. Juli. Der Oberste Rat der Alliierten hat in seiner gestrigen Nachmittags-sitzung beschlossen, die Blockade gegen Deutschland von heute, den 12. Juli, ab, aufzuheben.

ms. Versailles, 13. Juli. Die Wiederaufnahme der geschäftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland veranlassen „Hommie Libre“ zu einer Betrachtung, in der er sich bemüht, die etwas empfindlichen Geister, worunter sich gewisse Handelskammern befinden, zu beruhigen. Man habe offenbar vergessen, daß Frankreich viel zu große Wunden geschlagen wurden, als daß es zögern werde, in Gemeinschaft mit seinen Alliierten auf dem deutschen Markt aufzutreten. Dadurch werde es in die Lage versetzt, für den Wiederaufbau seiner Wirtschaft zu wirken. Durch den Bezug von Rohmaterial aus Deutschland würde die Industrie beschäftigt werden.

ms. Paris, 13. Juli. Die Handelszensor für Deutschland wurde zugleich mit der Blockade aufgehoben. Mit den Neutralen sind Verhandlungen im Gange, um deren sofortige Einwilligung zur Aufhebung der mit den assoziierten Mächten abgeschlossenen Blockadeabkommen zu erlangen.

ms. Bern, 14. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Vereinigten Staaten haben sich sofort nachdem die alliierten und assoziierten Regierungen von der Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland Kenntnis genommen hatten, bereit erklärt, die mit der Blockade zusammenhängenden Einschränkungen aufzuheben. Die hiesigen diplomatischen Vertreter der genannten Mächte überreichten am 12. Juli entsprechende Noten, die im Namen des Bundesrats vom Bundesratssekretariat entgegengenommen und beantwortet wurden. Damit sind alle Ausfuhrbeschränkungen, soweit sie auf internationalen Vereinbarungen beruhen, hinfällig geworden. Der Bundesrat hat die EES von diesem Notenaustausch in Kenntnis gesetzt mit dem Bemerkens, ihre Tätigkeit einzustellen und in Liquidation zu treten.

ms. Paris, 14. Juli. (Havas) Infolge der Ratifizierung des Friedensvertrages durch Deutschland hat die französische Regierung beschlossen, vom 12. Juli an die deutsch-französischen Handelsbeziehungen frei zu gestalten für die Waren, deren Ausfuhr aus Frankreich erlaubt ist, sowie auf Grund von Bewilligungen beim zuständigen Ministerium für solche Waren, deren Ausfuhr verboten ist. Verboden bleibt bis auf weiteres jede Bezahlung oder Begleichung von Schulden, die von Deutschen an Franzosen und umgekehrt geschuldet werden, und die vor dem Kriege fällig wurden. Ebenso bleibt verboten die Zahlung von fälligen Zinsen. Verboden sind gleichfalls alle Operationen bezüglich liquider, feindlicher Güter und jede Zahlung von Coupons, die seit August 1914 feindlichen Angehörigen gehört haben.

Die ersten Verhandlungen über die Rheinlande.

ms. Versailles, 11. Juli. Heute nachmittag fand im Trianon-Palast die erste Begegnung zwischen der deutschen Kommission für die besetzten Rheinlande und den Vertretern der Besatzungsmächte statt. Den Vorsitz führte auf deutscher Seite Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern, auf Seiten der Alliierten der Vertreter Frankreichs Louchet. Unterstaatssekretär Louchet führte aus, die deutsche Regierung sei sich bewußt, daß an dem Vortritt des Abkommens, nachdem es geschlossen und deutschseits ratifiziert sei, nichts mehr geändert werden könne. Er hob jedoch hervor, daß ein genaues Studium und die Kenntnis der Vorgänge in verschiedenen rheinischen Landesteilen, insbesondere der Besatzungszone, zeige, daß es auf zahlreichen Gebieten noch besonderer Verständigungen über Einzelfragen bedürfe, um die knappen Bestimmungen des Abkommens in die Praxis umzusetzen. Der Wortlaut des Abkommens lasse zu verschiedenen Auslegungen Raum und habe deshalb in ganz Deutschland schwere Besorgnisse hervorgerufen. Es liege daher im beiderseitigen Interesse, daß über die Auslegung volle Klarheit geschaffen werde. Unterstaatssekretär Louchet betonte, daß den Bewohnern des besetzten Rheinlandes in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte volle Freiheit gewährt und der Personen-, Güter- und Nachrichtenverkehr sowohl innerhalb des besetzten Gebietes wie auch zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Deutschland von allen Beschränkungen befreit werden müßte, sowie, daß endlich eine möglichst weitgehende Erleichterung in den Einquartierungslasten einzutreten habe. Insbesondere gebe die deutsche Regierung auch davon aus, daß nunmehr die Zollgrenze mit der Reichsgrenze zusammenfallen müsse. An der Hand des Abkommens entwickelte Louchet bei jedem Artikel die wichtigsten deutschen Punkte. Der Vertreter Frankreichs erwiderte, daß die hier versammelte Kommission das Abkommen selbst ausgearbeitet habe und daher versichern könne, daß sie von dem Wunsch geleitet gewesen sei, die Lasten für die Bevölkerung des besetzten Rheinlandes so viel wie möglich zu erleichtern. Im übrigen seien die von dem Vorsitzenden der deutschen Kommission aufgeworfenen Fragen so vielseitig und so schwerwiegend, daß eine Antwort darauf nicht gegeben werden könne. Die alliierten Regierungen müßten vielmehr in Gemeinschaft mit den Militärstellen in weitgehende Beratungen eintreten, und zu jeder der zur Erörterung stehenden Fragen Stellung nehmen. Er schlug deshalb vor, die Verhandlungen erst fortzusetzen, wenn die Prüfung auf Seiten der Besatzungsmächte abgeschlossen sei. Er werde alsdann die Kommission nach Ablauf einiger Tage zu einer neuen Sitzung einladen. Der deutsche Vertreter erklärte sich damit einverstanden. Die Kommission wird nach Deutschland zurückfahren und die Verhandlungspause dazu benutzen, mit den Abgeordneten und sonstigen Sachverständigen aus dem besetzten Gebiet über die Einzelheiten des Abkommens in Beratungen einzutreten.

ms. Versailles, 11. Juli. Heute fand in Versailles die vorbereitende Besprechung der deutschen und der Entente-Kommissionen statt über die Ausführung der Leistungen und Lieferungen, welche Deutschland im Friedensvertrag übernommen. Es wurde zwischen dem Vorsitzenden, Unterstaatssekretär Schröder, und dem französischen Vorsitzenden Louchet, ein Verständnis darüber erzielt, daß über eine Reihe von Einzelfragen, insbesondere über die Frage von Kohlen- und Chemikalienlieferungen, schon in der nächsten Woche besondere Sachverständigenkommissionen in Versailles zusammentreten sollen. Von französischer Seite wurde das dringende Verlangen gestellt, daß zu den Ausrüstungsarbeiten der durch den Krieg zerstörten franz. Gebiete alsbald freie deutsche Arbeitskräfte in erheblichem Umfang herangezogen werden würden. Für Belgien wurde eine Beteiligung deutscher Arbeiter als nicht nötig bezeich-

net. Deutschseits wurde die sofortige eingehende Prüfung dieser Frage und die baldige Ueberreichung entsprechender Vorschläge zugesagt. Im übrigen erklärten die Vertreter der Entente, daß sie für die Beteiligung Deutschlands an dem Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens zunächst schriftliche Vorschläge Deutschlands über die Ausführung im einzelnen abwarten müssen.

ms. Bern, 14. Juli. Infolge Nichteingehens der Zeitungsverleger auf die Forderungen der Maschinenhersteller (42 Stundenwoche) haben letztere die Arbeit heute niedergelegt. In der Schweiz erscheinen daher keine Zeitungen.

ms. Versailles, 14. Juli. Der erste Kriegsgefangenen-transport in Stärke von dreitausend Mann soll am 20. Juli vom Kriegsgefangenenlager Reims abgehen.

Gewerbeverein Idstein.

Mittwoch, den 16. Juli 1919, abends pünktlich 8 Uhr, findet im „Löwen“ eine

Generalversammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht der Rechnungsprüfungskommission und Entlastung des Rechners.
3. Neuwahl des Vorstandes.
4. Schulangelegenheiten.
5. Besprechung über verschiedene Mißstände im Handwerk.

Im Hinblick auf die Wichtigkeit der Tagesordnung werden alle Mitglieder gebeten an der Versammlung teilzunehmen zu wollen.

Der Vorstand.



Turnverein Idstein.

Sonntag, den 20. Juli

Wanderung

von Eppstein über den Haffert und Königstein nach der Vistalhöhe; daselbst 2—3 Stunden Rast; Rückkehr über Schloßborn und die Altburg nach Idstein. Abfahrt mit dem Zuge morgens 6.09 Uhr nach Eppstein; Rückkehr gegen 7 Uhr nachm. Proviant für den ganzen Tag mitnehmen. Gehzeit etwa 7 Stunden.

Der Wanderauschuß.

Buchen-

und

Eichenbrennholz

kauft fortlaufend jedes Quantum und erbittet Angebot

Hermann Rüffer
Holzgroßhandlung
Höchst a. M.

3 Modehefte

von Dabach nach Idstein verloren. Abzugeben gegen Belohnung im Berl. der Idst. Ztg.

7 junge Enten

zu verkaufen (4 Wochen alt) bei

Krause, Wallrabenstein.



Glucke

mit 13 Stück, sowie einen vollständigen Patentpflug zu verkaufen. Wilhelm Ernst, Esch.

2 Zuchtbullen

stehen zum Verkauf bei

Wilhelm Bieg, Wörsdorf.

Pferdedung

zu verkaufen.

Löhrgasse 6.

Einen schönen, wachsamem

Hund

zu verkaufen. Näh. bei W. Reichert, Idstein.

Tüchtigen Knecht

bei gutem Lohn sofort gesucht.

Wilhelm Schmidt, Wörsdorf.

Ein Hausmädchen

und ein Zweitmädchen sofort gegen hohen Lohn bei guter Behandlung und Verpflegung gesucht. Wiesbaden, Mosbacherstraße 3.

Idsteiner Zeitungen

Nr. 78 u. 79

werden zurückgekauft.

Der Verlag.

Lebensmittel.

Den Gemeinden kann aus ausländischen Sendungen geliefert werden:

Reis	zum Preise von M 200.—
Weizenmehl	" " " " 240.—
Bohnen	" " " " 220.—
Erbsen	" " " " 220.—
Kondensierte Milch	" " " " 144.—

die Kiste zu 48 Dosen.

Aus deutscher Lieferung:

Saferloden zum Preise von M 53.— je Zentner frei Waggon Langenschwalbach oder ab Lager Langenschwalbach. Bestellungen sind umgehend an die Kreiswirtschaftsgesellschaft einzureichen.

Langenschwalbach, 9. Juli 1919.

Der Landrat: v. Trotha.

Schriftliche Bestellungen nur von hiesigen Geschäften werden Dienstag nachmittag von 2—3 Uhr im Lebensmittelamt angenommen.

Idstein, den 14. Juli 1919.

Leichtfuß, Bürgermeister.

Der Magistrat:

Zucker.

Auf Lebensmittelliste 61 = 1150 Gr. Zucker. Preis für ein Pfund 59 Pfg. in den Geschäften von Grünebaum, Bachmann, Ad. Kornacher, Witt, Zahnstein, Münster, Hüster, Steffan.

In den 1150 Gr. Zucker ist enthalten der Verbrauchszucker für Monat September mit 750 Gramm und 400 Gramm nachträgliche Lieferung für Monat Juni als Ersatz für den ausgegebenen Kandiszucker. Letzterer wird ohne Anrechnung ausgegeben und gilt als Einmachzucker.

Weizenmehl.

360 Gramm für 1.80 Mk. im Geschäft von H. Heymann gegen Vorlage der Brotkarte 52. Die Karte wird, nachdem die Abgabe auf der Rückseite vermerkt ist, zurückgegeben.

Kriegsbrot.

Geschäfte, welche Kriegsbrot verkaufen wollen, können solches Dienstag nachmittags im Lebensmittelamt abholen lassen.

Gemüse.

Das bestellte Gemüse wird voraussichtlich morgen eintreffen und kann von nachm. 2 Uhr ab am Bahnhof abgeholt werden. Der Preis beträgt für Weißkraut Pfund 20 Pfg., Karotten ohne Kraut Pfund 30 Pfg.

Abgabe auch an Nichtbesteller. Bezugsscheine vorher im Lebensmittelamt abholen.

Brikettsverkauf

bei Kohlenhändler Wilhelm Becker, Himmelsstraße, dahier, auf die Abschnitte 1—5 der Kohlenkarte mit je 5 Zentner an die Familie und zwar:

am Dienstag, den 15. Juli d. Js.

Buchstabe S H von 8 Uhr vorm.

am Mittwoch, den 16. Juli d. Js.

Buchstabe G F von 8 Uhr vorm.

Preis pro Zentner ab Lager 3.60 Mk. Stammkarte vorlegen.

Abgabe von Grabenauswurf.

Der an der Straße Idstein—Hestrich lagernde Grabenauswurf wird unentgeltlich an hiesige Landwirte abgegeben und wollen sich dieselben bei Feldhüter Link melden.

Idstein, den 14. Juli 1919.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Holzversteigerung

Mittwoch, den 16. Juli d. Js., vormittags 8 1/2 Uhr beginnend, wird im städt. Waldbestritt Dreispitz, direkt am Weg nach Bernbach, folgendes Gehölz versteigert:

5400 gemischte Wellen

34 rm eichen Schälholz-Knüttel

418 " " Schälholz-Reiser 1. Kl.

180 Stk. " Schälholz-Stangen (Baumstüben).

Auswärtige Steigerer sind zugelassen.

Idstein, den 5. Juli 1919.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Die unter Nr. 342 für Lina Dinges ausgestellte rote Legitimationskarte ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Idstein, den 12. Juli 1919.

Der Bürgermeister: Leichtfuß.

Stadtkasse Idstein.

Die 1. Rate Staats- u. Gemeindesteuer, 1. Halbjahr Realschulgeld, die zum 1. Juli fällig gewesen Holzsteuergelder, ferner das fünfte Sechstel Besitzsteuer werden zur Zahlung in Erinnerung gebracht.

Der Stadtrechner.

Ein Paar Damenstiefel, Gr. 38, zu verkaufen. Limburgerstr. 12.

Statt besonderer Anzeige.

Am 10. Juli wurde uns unsere liebe, treuherzige Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Karoline Pfennig

geb. Schaller

plötzlich und unerwartet durch einen jähen Tod, im Alter von 45 Jahren entzissen.

Lenzenmühle, Niederseelbach, Wiesbaden, den 13. Juli 1919.

In tiefem Schmerze:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. d. Mts., 4 Uhr nachm. statt.

Für die liebevolle Teilnahme bei der Krankheit und der Beerdigung meines lieben Mannes sagt herzlichsten Dank.

Frau Karl Wagner

geb. Zeiger.

Idstein, den 14. Juli 1919.

Buchenholz

(Scheit u. Rundholz)

in allen Mengen gegen sofortige Kasse

kauft

Ph. Kitz,

Kohlen- u. Holzhandlung
Frankfurt a. M.



Der Reiter lange
Stiefel trägt,
Mit Erdal werden
sie gepflegt!

Erdal

schwarz — gelb — braun

Alleinhersteller:

Werner & Mertz, Mainz

Wiederverkäufer

für

Handleiterwagen

gesucht von

Julius Nöller

Niedernhausen i. T.

Briefmarkensammlungen

sowie einzelne Marken zu kaufen gesucht. Angebote werden zu jeder Zeit im „Goldnen Lamm“ entgegen genommen.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden und Beerdigung unserer lieben Entschlafenen

Frau Adolf Barthel Wwe.

insbesondere Herrn Stefan Ernst für die trostreiche Grabrede, sowie allen Kranz- und Blumenspendern sagen hiermit ihren tiefgefühlten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Idstein, den 13. Juli 1919.

la Weißkalk

(Lahnkalk)

ist eingetroffen.

Ferner bringen wir unser reichhaltiges Lager in allen Baumaterialien wie

Dyckerhoff'scher Zement

Tonrohre

Zementrohre

Träger

Bretter

Latten

Dachpappe

Rheinsand

in empfehlender Erinnerung.

Eich & Mauß.

Holz-Wäsche-Klammern

mit Drahtfedern

10 Stk. 65 Pfg.

Holz-Wäsche-Klammern

gedreht

Marke „Hero“

10 Stk. 50 Pfg.

Schmierseife

Prima Kernseife

Henkels-Bleichsoda

empfiehlt

Chr. Münster

Idstein

Kreuzgasse 2—3.